

Leben, Tod und Beständigkeit:
Irvin D. Yalom im Gespräch Seite 16

Das Haus der alten Dame:
Was darf ein Beistand? Seite 17

«Lösungen finden»: Die Rote Fabrik
klopft bei der Stadt an Seite 17

Fotografie ausser Kontrolle: «Blow Up»
im Fotomuseum Winterthur Seite 19

Jacqueline Fehr eint die Bürgerlichen

Die Nomination der SP-Nationalrätin lässt bürgerliche Dissonanzen im Regierungswahlkampf verstummen

Die bürgerliche Allianz «Top 5» schien gefährdet – nun haucht ihr die Regierungskandidatur der pointiert linken Nationalrätin Jacqueline Fehr neues Leben ein. Ob Fehr die Rolle als Feindin des Bürgerblocks mehr schadet als nützt, ist offen.

Andreas Schürer

Die Regierungswahl im April 2015 wird spannende Aussagen über das Wahlverhalten der Zürcherinnen und Zürcher zulassen. Die am Samstag SP-Intern gekürte Kandidatin Jacqueline Fehr bringt ein Profil mit, das in Regierungswahlen im Kanton Zürich Seltenheitswert hat. Überspitzt gesagt, würde sie direkt aus der Parteizentrale in die Regierung wechseln: Fehr wirkt seit 2008 als Vizepräsidentin der SP Schweiz, zudem hat sich die Nationalrätin insbesondere in Bildungs-, Gesundheits- und Gleichstellungsfragen klar links positioniert.

Wollen die Zürcher derart parteipolitisch geprägte Regierungsräte? Die Bürgerlichen heben unisono den Mahnfinger und rufen laut Nein. Die SP verweist auf Jacqueline Fehrs Fähigkeiten zur Bildung von Allianzen weit ins bürgerliche Lager – und auf eindrückliche Resultate in vergangenen Nationalratswahlen. Dass polarisierende und entsprechend bekannte Nationalräte in kantonalen Exekutivwahlen nicht chancenlos sind, bewiesen Peter Bodenmann (sp.) und Oskar Freysinger (svp.), die 1997 beziehungsweise 2013 in den Walliser Staatsrat gewählt wurden. Weniger weit entfernt: Filippo Leutenegger schaffte im Februar 2014 den Einzug in den Zürcher Stadtrat – und die FDP profitierte vom «Filippo-Effekt».

Silvia Steiner profitiert

Effekte zeitigt nun auch die Kandidatur von Jacqueline Fehr – bei den Bürgerlichen. Nach Streitigkeiten über Energiefragen und die Wohnbauvorlage vom Sonntag häuften sich bei der SVP die Stimmen, die einen entschiedenen Alleingang forderten. Auch die Teilnahme an der vom Forum Zürich organisierten Wahlplattform «Top 5» mit FDP und CVP wurde infrage gestellt.

Nun tönt es entspannter. Einer, der auf den Alleingang drängte, war der SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti. Jetzt



In der Bundesratswahl unterlag Jacqueline Fehr (links) 2010 Simonetta Sommaruga – nun soll es in Zürich klappen.

KEYSTONE

krebst er zurück: «Mir ist die CVP-Kandidatin Silvia Steiner natürlich lieber als Jacqueline Fehr.» Die Politik der SP-Nationalrätin könne sich der Kanton Zürich in der gegenwärtigen finanziellen Verfassung schlicht nicht leisten.

Die Kandidatur von Jacqueline Fehr werde die bürgerlichen Reihen schliessen, meint auch Alfred Heer, Präsident der SVP. Die CVP habe sich zwar wiederholt als nicht besonders zuverlässig erwiesen. Der Kontrast von Silvia Steiner zur zweiten SP-Kandidatur sei nun aber deutlich schärfer, als wenn die Sozialdemokraten die gemässigte Nationalrätin Chantal Galladé oder die pragmatische Klotener Stadträtin Priska Seiler Graf nominiert hätten. Jacqueline Fehr täte dem Kanton Zürich aus bürgerlicher Sicht nicht gut, sagt Heer. Er spreche sich darum für ein Mitwirken im «Top 5»-Bündnis der Wirtschaftsverbände aus. Nicht tangiert davon sei, dass die SVP primär einen eigenen Wahlkampf machen werde.

Ähnlich äussert sich Beat Walti, Präsident der Zürcher FDP. Das wirt-

«Fehr» allein genügt nicht auf dem Stimmzettel

Die Nomination von Nationalrätin Jacqueline Fehr durch die Delegierten der SP verspricht nicht nur einen spannungsgeladenen Wahlkampf, sondern beschert auch dem Statistischen Amt des Kantons Zürich einen Mehraufwand. Denn damit treten mit Mario und Jacqueline Fehr gleich zwei Kandidaten mit dem gleichen Nachnamen zu den Regierungswahlen im nächsten Frühjahr an. Hinzu kommt, dass die beiden Politiker noch der gleichen Partei angehören. Dies lässt die Möglichkeit einer Verwechslung auf dem Stimmzettel steigen. Schon einmal kam es bei Wahlen im Kanton Zürich zu einer ähnlichen Situation; und zwar bei den Regierungswahlen im Jahr 1987. Damals traten Peter Wiederkehr von der CVP und WWF-Mann Roland Wiederkehr an.

Geregelt ist die Gültigkeit von Stimmzetteln im Gesetz über die politischen Rechte. Laut Paragraph 73 des Regelwerks ist eine Stimme unter an-

derem dann ungültig, «wenn die Person, der die Stimme zukommen soll, nicht genügend bestimmt» ist. «Nur den Namen Fehr auf den Stimmzettel zu schreiben, dürfte nicht genügen», sagt Edith Wiederkehr, Leiterin Wahlen und Abstimmungen im Kanton Zürich. Allerdings ist nirgends genau definiert, wie eine Person aufgeführt werden muss, damit ein Stimmzettel gültig ist. Darüber befinden können die einzelnen Wahlbüros, die in dieser Frage einen relativ grossen Ermessensspielraum haben. «Sie sind es schliesslich auch, welche die Stimmzettel auszählen müssen», sagt Wiederkehr dazu.

Das Statistische Amt will aber im Vorfeld der Wahlen prüfen, inwieweit die Gemeinden auf die Problematik «Fehr» aufmerksam gemacht werden sollen. Thematisiert werden könnte beispielsweise, ob die Initialen des Vornamens eines Kandidaten für die Bestimmbarkeit bereits genügen.

schaftspolitische Neun-Punkte-Programm, zu dem sich die «Top 5»-Kandidaten bekennen, werde durch die Nomination von Jacqueline Fehr geschärft: «Sie hat ein klares Kontrastprogramm, das auf staatliche Eingriffe setzt.»

Auch mit geschlossenen Reihen im bürgerlichen Lager bleibt die Aufgabe für die CVP schwierig. Um den 2011 verlorenen Platz im Regierungsrat zurückzuerobern, schielt sie vor allem auf den Sitz von Martin Graf (gp.) – oder eben auf jenen von Regine Aeppli (sp.), den Jacqueline Fehr verteidigen will. CVP-Präsidentin Nicole Barandun meint: «Unter den Kandidatinnen, die bei der SP zur Auswahl standen, ist Jacqueline Fehr für Mitte-Wähler sicher am wenigsten wählbar.» In der Familienpolitik klammere Fehr beispielsweise Eigenverantwortung völlig aus und setze voll auf staatliche Eingriffe. Ein Fragezeichen setze sie zudem hinter ihre Teamfähigkeit, sagt Barandun.

«Verdrehung der Fakten»

Die SP lässt die Verortung von Jacqueline Fehr am linken Rand der Partei nicht gelten. Als Vizepräsidentin der nationalen SP habe sie zwar eine gewisse parteipolitische Prägung, sagt Kantonalpräsident Daniel Frei. Sie habe aber auch erreicht, Themen wie die Mutterschaftsversicherung oder die Anschubfinanzierung für Kinderkrippen mehrheitsfähig zu machen – mittels Allianzen auch mit Bürgerlichen. Fehr sei glaubwürdig und berechenbar, sagt Frei, an ihrer Mehrheitsfähigkeit zweifle er nicht. Zudem trete sie mit einem Gestaltungsanspruch an, mit dem sie in der internen Ausmarchung stark gepunktet habe.

Dass sie für Mitte-Wähler nicht wählbar sei, komme einer Verdrehung der Fakten gleich, sagt Frei. Er verweist darauf, dass sie in den Nationalratswahlen 2011 viele Panaschierstimmen erhalten habe. Auf den Listen von GP und EVP sei sie von allen Zürcher SP-Kandidaten am häufigsten berücksichtigt worden, auf allen anderen Listen sei sie nur von Daniel Jositsch übertroffen worden. In den Nationalratswahlen 2007 erzielte sie zudem mehr Stimmen als der jetzige SP-Regierungsrat Mario Fehr. Zum Verhängnis dürfte der Winterthurerin ihr ausgeprägtes linkes Profil dagegen 2010 bei der Bundesratswahl geworden sein: Die Vereinigte Bundesversammlung gab der gemässigten Simonetta Sommaruga den Vorzug.

Noch eine Warteschlange für die Strasse Uster West

Ein Rechtsstreit um den Perimeter des nahen Naturschutzgebietes verzögert das Projekt voraussichtlich um weitere Jahre

Vor sechseinhalb Jahren lag das Vorprojekt für die Strasse Uster West vor. Heute ist ungewisser denn je, ob die neue Verbindung überhaupt je gebaut wird.

sho. · Eigentlich wollte der Regierungsrat die neue Strasse Uster West in diesem Herbst festsetzen. Das ist jeweils der Moment, ab dem ein Bauprojekt nicht mehr verändert wird und die Frist läuft, um dagegen Rechtsmittel zu ergreifen. Jetzt hat die Baudirektion mitgeteilt, dass eine Verzögerung eintritt. Grund ist ein bereits hängiger Rechtsstreit um die geänderte Schutzverordnung für drei Feuchtgebiete.

Strasse direkt am Moor

In der Tat besteht ein enger Zusammenhang zur geplanten Strasse. Uster West führt unmittelbar am geschützten Glatten-/Werrikerriet vorbei. Das Problem für die Strassenbauer ist die dritte

Feuchtzone, das Brandschänkiriet, das von der Schutzverordnung (SVO) aus dem Jahr 1993 noch nicht erfasst ist. Diese Pendenz wollte der Kanton im Hinblick auf das Strassenprojekt erledigen. Am 11. Juni erliess die Baudirektion eine angepasste Verordnung. Die Kritiker von Uster West haben diese bereits mit einem Rekurs angefochten.

Der Haupteinwand lautet, der Kanton habe den Schutzperimeter so eingeschränkt, dass der Bau des nördlichen Strassenabschnitts möglich bleibe. Um dies zu untermauern, gaben der Verein Lebensqualität Uster West (VLUW) und die Gesellschaft Natur- und Vogelschutz Uster ein Gutachten in Auftrag. Für den Experten weist die geänderte Verordnung «gravierende Mängel» auf. Konkret: Der Perimeter des Flachmoors von nationaler Bedeutung sei etwa 65 Meter zu weit westlich und damit nicht sachgerecht festgelegt worden.

Würde das Schutzgebiet so abgegrenzt, wie von den Kritikern verlangt, könnte die neue Strasse an jener Stelle nicht gebaut werden, zumal noch Puffer-

zonen auszuscheiden sind (siehe Karte). Der Kanton riskiert, was ihm bei der Planung der Oberlandautobahn zum Verhängnis wurde: Dort passte der Bundesrat auf Drängen aus Zürich den Perimeter der Moorlandschaft an die Linienführung der Strasse an – und erlitt 2012 vor dem Bundesgericht Totalschaden.

Die Baudirektion beruft sich auf die Verkürzung der Strasse Uster West vom Frühling 2013. Sie soll nun eher an die

Winterthurerstrasse anschliessen: So werde ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung nicht mehr tangiert, und Einwendungen von Verbänden sowie der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission hätten berücksichtigt werden können, schreibt sie. Weil weiterhin Rekurse hängig sind, schiebt die Baudirektion die Festsetzung durch den Regierungsrat nun aber auf, bis Klarheit über die angefochtenen Massnahmen zum Moorschutz besteht.

Die Gegner der neuen Strasse begrüssen den Entscheid als zweckmässig und vernünftig. «Besser spät als nie», schreibt der VLUW, endlich werde dem Umweltrecht der erforderliche Stellenwert beigegeben. Und weiter: «Faktisch ist das Projekt Strasse Uster West zumindest vorläufig sistiert, da sich seine Fortsetzung auf unbestimmte Zeit verzögern wird.»

Das Vorhaben hat bereits eine lange Leidensgeschichte. Im Februar 2008 präsentierte der Kanton das Vorprojekt. Eine erste Verzögerung gab es, weil die Regierung die Strasse aus einem nicht

aufgebrauchten Kredit aus den achtziger Jahren für die Sanierung von Bahnübergängen bezahlen wollte. Später wurde die Planung zweimal stark geändert. Die Bewilligung des Kredits von 21 Millionen Franken durch den Kantonsrat 2012 war die geringste Hürde.

Verzögerung um Jahre

Nun muss erst der Regierungsrat die Schutzverordnung prüfen. Es wird einer der letzten Fälle, wo er in diese Rolle schlüpft; für Direktionsbeschlüsse ab Juli 2014 ist neu das Baurekursgericht erste Instanz. Sofern die Strasse Uster West in den Gerichten nicht Schiffbruch erleidet, wird sich ihr Bau um Jahre verzögern. Billigt die Regierung die Arbeit der Baudirektion, steht den Gegnern der Weg bis an das Bundesgericht offen, den sie zweifellos beschreiten würden. Erst wenn der Kanton in Lausanne gewinnt, was keineswegs sicher ist, kann er die Strasse Uster West festsetzen. Dagegen sind dann erneut Einsprachen durch alle Instanzen zulässig.

Aktuelles Projekt Uster West

